



ARGUMENTARIUM

KANTONALE ABSTIMMUNG VOM 11. MÄRZ 2012, EINFÜHRUNG VON SCHULLEITUNGEN

«Nein zum Schulleitungs-Zwang»

Am 11. März 2012 stimmen wir im Kanton Schaffhausen über die flächendeckende, zwangsweise Einführung von Schulleitungen ab. Verschiedene Argumente sprechen für ein Nein zur Vorlage.

Hier die Hauptargumente in der Kurzübersicht:

1. Gegen Zwang, für Freiwilligkeit! Gemeinden sollen selbst entscheiden, wie sie ihre Schule organisieren wollen. Wir brauchen keinen kantonalen Zwang. – *Auch Befürworter von Schulleitungen aus den Gemeinden lehnen die Zwangs-Vorlage ab, weil sie über die Schule weiterhin situationsgerecht und praxisnah in der Gemeinde entscheiden möchten. Gemeindelösungen sind besser. Wir brauchen kein zweites Spitex-Debakel. Ein Plädoyer für den Föderalismus.*
→ Themenblock II, Seite 3
2. Schulleitungen führen zu mehr Bürokratie, haben ein schlechtes Kosten/Nutzenverhältnis und tendieren zu Machtkonzentration und Lehrerbevormundung - *Grundsätzliche Bedenken am Prinzip Schulleitungen und warum das Vorsteherprinzip gestärkt werden sollte.*
→ Themenblock I, Seite 2
3. Der Kanton ist finanziell in einer sehr schwierigen Lage und muss sparen. Schulleitungen sind eine «nice-to-have»-Investition (nicht wirklich notwendig) und würden jährlich wiederkehrende Kosten von 2 bis 4 Mio. Fr. verursachen. Das können wir uns nicht leisten. – *Die Schulleiter-Vorlage ist finanzpolitisch unverantwortlich.*
→ Themenblock III, Seite 4
4. Die Schulleiter-Vorlage ist überladen: Sie enthält u. a. einen Kredit von 475'000 Fr. (jährlich wiederkehrend!) für zweifelhafte Schulreformitis-Projekte. – *Weitere Schwächen der Schulleiter-Vorlage.*
→ Themenblock IV, Seite 4

Ausserdem:

- Warum ist der SVP-Vorschlag besser? (V) → Seite 5
Zusatzargumente (VI) → Seite 6
Unsere Gegner sagen – wir antworten... (VII) → Seite 7

I. Grundsätzliche Bedenken am Prinzip Schulleitungen und warum das Vorsteherprinzip gestärkt werden sollte.

- Schulleitungen sind teuer!
Schulleitungen sind weit entfernt von einem vernünftigen Kosten/Nutzen-Verhältnis! Die Vorlage spricht von Mehrkosten von 2 Mio. Fr. – jährlich wiederkehrend! Aber das ist nur die Spitze des Eisberges → Schulleitungen haben Tendenz, die Schulverwaltung auszubauen (Pensenerhöhung in Hallau und Neuhausen, Schulsozialarbeiter in Thayngen – Schulleitersekretariate und eigene Büros für Schulleiter). Die Kosten im Endausbau dürften um die 4 Mio. Franken sein.
- Schulleitungen führen zu mehr Bürokratie und einer Belastung für Lehrer!
Die Argumentation, Lehrer werden mit Schulleitungen entlastet, ist falsch. Schulleitungen = mehr Formulare, mehr Umfragen und mehr Statistiken; jeder will der beste sein. Das zeigt auch eine Arbeitszeiterhebung des schweizerischen Lehrerinnen- und Lehrervereins (LCH): «geleitete Schulen sowie Mitarbeitergespräche empfinden 42% als Belastung, 23% als Entlastung.»
- Schulleiter führen zu Lehrerbevormundung und tendieren zu ungewünschten Machtkonzentrationen im Schulhaus
Das neumodische Lehrerbild (Lehrer als reiner Wissensübermittler, der schon bei kleinen Problemen zum Schulleiter rennen muss) kann nicht erfolgreich sein. Kinder brauchen Lehrer mit Autorität und Vorbildscharakter. Solche Lehrer brauchen keine Bevormundung sondern Gestaltungsfreiraum und sind bereit, Verantwortung zu übernehmen. Nicht systemkonforme Lehrer können vom Schulleiter schikaniert werden; es kommt zu einer Machtkonzentration im Schulhaus. Diese Gefahr erhöht sich, wenn der Schulleiter (im Gegensatz zum Schulvorsteher oder Oberlehrer) nicht mehr gleichberechtigter Lehrer im Team («Primus inter pares») ist.
- Glaube «alles ist messbar und steuerbar!» ist illusorisch (Trend der 90er-Jahre)
Die Idee, ein Schulleiter könne „so quasi von aussen“ den Lehrer umfassend beurteilen und massgeblich verändern, ist illusorisch. Schulleiter ist relativ weit weg von Lehrer. Vergleich mit Führung in einer Fabrik funktioniert nicht. Lehrer sein ist eine Führungsaufgabe.
- Die Unterrichtsqualität ist eine Frage der Lehrerpersönlichkeit, nicht der Verwaltungsstrukturen
Die Schüler merken gar nichts von Schulleitern. Bis heute konnte kein Unterschied bei Schulen mit und ohne Schulleiter festgestellt werden (vgl. verschiedene Schulen im Kanton; vgl. Pisa-Studie). Wir sollten den Bildungsfranken besser da einsetzen, wo er den Schülerinnen und Schülern nützt.

II. Auch Befürworter von Schulleitungen aus den Gemeinden lehnen die Zwangs-Vorlage ab, weil sie über die Schule weiterhin situationsgerecht und praxisnah in der Gemeinde entscheiden möchten. Gemeindelösungen sind besser. Ein Plädoyer für den Föderalismus.

In einigen Gemeinden (z.B. Neuhausen, Beringen, Thayngen, Stein am Rhein) wurden auf Initiative der Gemeinden (meist auf Druck stark belasteter Schulbehörden) schon Schulleitungen eingeführt. Das heisst aber noch lange nicht, dass die entsprechenden Gemeindevertreter automatisch der Zwangs-Vorlage des Kantons zustimmen.

Beispielsweise meint Willi Josel, Kantons- und Einwohnerrat Neuhausen am Rheinflall, dazu: «Bei uns hat die SVP-Fraktion angesichts der speziellen Situation mit Klassen bis zu 70 % ausländischen Kindern und entsprechenden Problemen, der Einführung von Schulleitungen zugestimmt. In Neuhausen war dies nötig. Das bedeutet aber nicht, dass diese Massnahme für das gesamte Kantonsgebiet sinnvoll ist. Es muss daher jeder Gemeinde selbst überlassen bleiben, ob sie Schulleitungen einführen will oder nicht. Jeglicher Zwang dazu ist daher entschieden abzulehnen.»

In kleinen Gemeinden, z.B. Guntmadingen oder Merishausen, funktionieren Schulvorsteher und Schulbehörde bestens. Hier wäre die zwangsweise Installation einer Schulleitung ein Overkill und würde die Gemeinde finanziell stark belasten. Auch in Quartierschulhäuser (Beispiel Gräfler) wird die Schulleitung als nicht zweckmässig beurteilt.

Trotzdem verlangt die kantonale Vorlage einen Zwang zur Einführung von Schulleitungen. Das widerspricht ganz klar der föderalistischen Tradition der Schweiz. Gemeindelösungen sind besser und günstiger, wenn sie nahe an der Praxis und situationsgerecht gestaltet werden können. Das gilt besonders für unsere Schulen.

Finanzielle Fehlanreize motivieren zur Aufblähung der Verwaltung

Gemäss Vorlage soll der Kanton 41% der Löhne von Schulleitungen bezahlen. Das ist eine unfaire Rabattierung, ein richtiger Fehlanreiz für Gemeindebehörden zur Schaffung von Verwaltungsstellen. Es ist nur eine Frage der Zeit bis die Ausdehnung des Finanzschlüssels auf Schulsozialarbeiter und Schulleiter-Sekretärinnen gefordert werden wird.

Besser wäre: Die Gemeinden entscheiden selbständig über das richtige Mass für die Verwaltung in ihrer Schule und bezahlen das selbst. Nur wenn man die wahren Kosten mit dem wahren Nutzen gegenüberstellt, werden richtige Entscheidungen gefällt.

Der Fehlanreiz ist auch der Grund, warum Gemeindevertreter aus Schulleiter-Gemeinden jetzt zu den grössten Vorlagenbefürwortern gehören. Ihnen geht es einzig darum, mehr Geld vom Kanton für ihre Gemeinde abzuholen. Dass damit eine für den ganzen Kanton schlechte Lösung eingeführt werden soll (Zwang für andere Gemeinden, Ausschaltung Föderalismus, Fehlanreize, hohe Kosten) nehmen sie fahrlässig in Kauf.

III. Die Schulleiter-Vorlage ist finanzpolitisch unverantwortlich.

Zusätzlich jährlich wiederkehrende Kosten von > 2 Mio. Fr. kann sich der Kanton in der aktuellen Finanzlage nicht leisten. Es ist zynisch, solche Mehrkosten ohne konkreten Nutznachweis zu verursachen, währenddem ein Entlastungsprogramm gemacht werden muss.

IV. Weitere Schwächen der Schulleiter-Vorlage.

Die Vorlage ist überladen: Wir kritisieren zwei Punkte:

- a. Die Vorlage enthält einen Kredit für Poolkationen über Fr. 475'000 (jährlich wiederkehrend), die für Sitzungen («Schulentwicklung») gedacht sind. Ohne dass klar ist, was da debattiert werden soll, wird ein Kässeli auf Vorrat für Schulreformitis geschaffen. Ausserdem ist mit Folgekosten zu rechnen. Niemand ist gegen die Entwicklung der Schule, aber wer berechnigte Anliegen hat, soll bereit sein, dafür zu kämpfen und Geld ggf. auf dem Budgetweg beantragen.
- b. Zweiter Punkt zum Thema "Vorlage überladen" ist die Ausbildung: Der Kanton übernimmt gem. Vorlage sämtliche Ausbildungen in der 6-jährigen Übergangsphase, auch solche, die gar nichts zu tun haben mit der Einführung von Schulleitungen. Die Kommissionsmehrheit hat einen Antrag von uns abgelehnt, die Kostenübernahme durch den Kanton auf Ausbildungen im Zusammenhang mit der Einführung von geleiteten Schulen zu begrenzen.

Leider hat man es verpasst, mit der Einführung von Schulleitungen die Verwaltung an anderer Stelle zu reduzieren. Wenn wir schon die Verwaltung im Schulhaus aufbauen, hätte an anderer Stelle reduziert werden sollen.

V. Warum ist der SVP-Vorschlag besser?

Die SVP hat ein Grundlagenpapier¹ erarbeitet, dies ist die eigentliche Alternativlösung zur Schulleiter-Vorlage. Hier die wichtigsten Eckpunkte:

1. Kein Zwang für Gemeinden für Schulleitungen, sondern Freiwilligkeit!

Gemeinden entscheiden selbst, wie viel Schulverwaltung für die spezifischen Bedürfnisse richtig ist. Stärkung des Schulvorstehers ist besser: Keine Machtkonzentration und Bevormundung der Lehrer.

2. Keine finanziellen Fehlanreize

Nach föderalistischem Erfolgsmodell: Gemeinde entscheidet selbst und angesichts der wahren Kosten. Gemeinden mit schlanken Strukturen werden belohnt, Gemeinden mit aufgeblähten Strukturen sollen diese selbst finanzieren.

3. Die Inspektoren gehören wieder in die Schule.

Inspektoren (welche sich in den letzten Jahren ins ED verkrochen haben) übernehmen die Lehrerqualifikation. Zwei Fliegen auf einen Schlag: 1. Qualifikationsproblem gelöst und 2. weniger Projekte, weil Inspektoren dann keine Zeit mehr haben.

4. Die Schulbehörde erhalten statt abschaffen

Vom Volk gewählte, demokratisch legitimierte Schulbehörde ist oberste Instanz, nicht die Verwaltung.

¹Grundlagenpapier der SVP zur Schulpolitik: <http://www.svp-sh.ch/assets/Dokumente/SVPGrundsatzpapierSchulpolitik.pdf>

VI. Zusatzargumente

- Schulleitungen führen zu Machtkonzentration.
Die Machtkonzentration auf einen Schulleiter birgt grosse Gefahren. Der Schulleiter ist im Gegensatz zum Schulvorsteher oder Oberlehrer nicht mehr gleichberechtigter Lehrer im Team («Primus inter pares»). Nicht systemkonforme Lehrer sind betroffen und können schikaniert werden. Dass der Schulvorsteher selbst nicht mehr Lehrer ist, erhöht die Gefahr der Bürokratisierung.
- Der Regierungsrat weist in der Vorlage nicht die korrekten Kosten auf.
Die Mehrkosten in der Abstimmungsvorlage werden auf der Basis der teilweise durch Gemeinden eingeführten Schulleitungen berechnet, das ist falsch. Korrekt wäre der Vergleich mit reinen Vorsteherschulen sowie es im aktuell gültigen Gesetz steht.
- Die Schulleiter-Vorlage bedeutet die schrittweise Abschaffung der Schulbehörde.
Jetzt heisst es, für Schulbehörde bleiben so genannte „strategische Aufgaben“. Ehrlich wäre: Schulbehörde – als politische Behörde – soll mit Salami-Taktik abgeschafft werden. Im ersten Schritt wird die Schulbehörde auf (mindestens) 3 Mitglieder reduziert.
- Mit dem Schulleiter-Zwang übt der Kanton indirekt einen Druck auf Schulhaus-Zusammenlegungen in kleinen Gemeinden aus.

Kommentar zum Vorgehen der Regierung: Zwängerei!

- Die Einführung von Schulleitungen ist eine Missachtung des Volkswillens.
Stimmvolk hat schon zweimal Nein gesagt zum Verwaltungsausbau an Schulen (teuren und bürokratischen Schulexperimenten mit zweifelhaftem Nutzen):
 - Ablehnung Schulgesetzes, über 70%-Nein-Stimmen (Plakat-Slogan: «Millionen für den Wasserkopf?»)
 - Kares Nein in der Stadt zu Schulleitungen am 7. März 2010

→ unglaubliche Zwängerei, mangelndes Fingerspitzengefühl, kein Respekt vor Volksentscheid

Grundsatz

Es kommt – wie überall im Leben – auf die Personen drauf an.

Es gibt gute und schlechte Schulleiter.

Es gibt gute und schlechte Schulvorsteher.

→ Wenn wir flächendeckende Schulleitungen einführen, müssen wir vom Durchschnitt ausgehen.
Es gibt dann nicht mehr nur Pioniere.

VII. Unsere Gegner sagen – wir antworten...

Unsere Gegner sagen: Die Gemeinden brauchen mehr Geld vom Kanton.

Wir antworten: Die Schulleiter-Vorlage enthält einen gewichtigen Fehlanreiz für Gemeindebehörden. Um Geld vom Kanton abzuholen, müssen sie Verwaltungsstellen aufbauen. Gemeindevertreter, die schon auf eigene Faust Schulleitungen eingeführt haben, wollen jetzt natürlich noch das Geld abholen. Dabei nehmen sie in – Entschuldigung – egoistischer Manier in Kauf, dass anderen deswegen eine unpassende Lösung aufgezwängt wird. Als Einwohner und Steuerzahler von Kanton und Gemeinden (!) müssen wir uns gegen ein solches Verhalten wehren.

Nur um den Gemeinden vom Steuerkuchen ein grösseres Stück zuzuschneiden, sollten wir kein schlechtes Schulgesetz genehmigen. Die Aufteilung des Steuergeldes zwischen Kanton und Gemeinden soll besser separat geregelt werden und muss auch ohne die Schaffung neuer Fehlanreize möglich sein.

Unsere Gegner sagen: Die «PISA Steering Group» empfiehlt Schulleitungen.

Wir antworten: Offenbar ist es dem PISA-Steuerungsausschuss entgangen, dass unsere Schaffhauser Schülerinnen und Schüler auch ohne Schulleitungen die besten Resultate erreichten. Ein Bravo an die Schüler, Nachsitzen für die PISA-Leute! ;-).

Unsere Gegner sagen: In der Industrie ist die personelle Führung bewährt und üblich. Jeder hat einen Chef. Jede KMU hat einen Chef.

Wir antworten: Lehrer sind keine Produktionsmitarbeiter. Die Situation im Klassenzimmer und Schulhaus ist eine andere als in einer Fabrik. Die politische Führung liegt bei der Schulbehörde bzw. beim Stadtschulrat.

Unsere Gegner sagen: Die Schulbehörde bzw. der Stadtschulrat kann aus Zeitmangel die gesetzlich vorgeschriebene Lehrerqualifikation LQS gar nicht durchführen.

Wir antworten: Die LQS-Durchführung ist eines der wenigen Plus von Schulleitungen, wenn auch zu einem viel zu hohen Preis. Aber es gibt bessere Lösungen: Die kantonalen Inspektoren sollten wieder vermehrt in die Verantwortung genommen werden. Inspektoren sind ausgebildet für die Lehrerbeurteilung.

Unsere Gegner sagen: Der Schulleiter soll Überreglementierung verhindern.

Wir antworten: Das ist ein Witz. Noch selten hat der Ausbau der Verwaltung zu weniger Reglementierung geführt. Föderalismus und Milizsystem ist das beste Rezept zur Beschränkung

von Überreglementierung. Berühmter Satz der Begginger: «Haben Sie schon mal einen Milizler gesehen, der ein Gesetz erfunden hat?»

Unsere Gegner sagen: Das Umfeld der Schule hat sich verändert: Multikulturalität, alleinerziehende Elternteile, erwerbstätige Eltern. Deshalb braucht es Schulleitungen.

Wir antworten: Die Welt ändert sich ständig. Trotzdem sind nicht alle Lösungen sinnvoll. Das allgemeine Klagelied des Sozialismus tönt gut, hat aber selten eine bessere Welt bewirkt.

Unsere Gegner sagen: Schulleiter sind als Ansprechperson immer erreichbar.

Wir antworten: Tatsächlich ist ein Lehrer während dem Unterricht nicht erreichbar. Eltern möchten aber in der Regel mit dem Lehrer sprechen und nicht mit der Verwaltung. Nur der Lehrer kennt den Schüler richtig und ist kompetent, über Probleme und Massnahmen zu sprechen. Der Schulleiter wirkt wie eine unerwünschte Vorzimmerdame. Wenn es nur um die Erreichbarkeit geht, könnte auch ein Callcenter eingeschaltet werden, das dann sagt «Ja, ich verstehe ihr Problem» und ihnen eine Ticket-Nummer gibt. Das kann kaum die Lösung sein.

Urs Hunziker sagt: Zuzüger erkundigen sich oft nach Schulleitungen.

Wir antworten: Lieber Urs Hunziker, geben Sie den Eltern die Kontaktdaten der Schulvorsteher. Wenn das nicht reicht, taufen Sie die Schulvorsteher ganz einfach um in Schulleiter ;-).

Unsere Gegner sagen: In vielen Gemeinden im Kanton Schaffhausen gibt es bereits Schulleitungen.

Wir antworten: Die Schulleitungsmodelle in den Schaffhauser Gemeinden und in anderen Kantonen sind mit der jetzt vorliegenden Schulleitungs-Vorlage nicht vergleichbar!

Zuerst der interkantonale Vergleich: Schulleiter im Endausbau werden primär durch den Kanton geführt und wahrscheinlich auch finanziert. Erfahrungen z.B. vom Kanton Zürich haben gezeigt, dass die Schulleiter als verlängerter Arm der reformfreudigen Erziehungsdirektorenkonferenz (EDK) funktionieren. Die Gemeinden werden faktisch ausgeschaltet. Die Lehrer leiden unter der administrativen Belastung.

Der Vergleich zwischen den Gemeinden im Kanton zeigt, dass die Aufgabenbereiche der Schulleiter sehr unterschiedlich sind. In Hallau z.B. übernimmt die Schulleiterin auch die Funktion der Schulsozialarbeiterin. In der Stadt Schaffhausen gibt es dafür bereits heute separate 380 Stellenprozente².

² Vgl. Vorlage des Stadtrates «Weiterentwicklung der Schulsozialarbeit in der Stadt Schaffhausen »

Unsere Gegner sagen: Die Vorsteher sind heute zu stark belastet.

Wir antworten: Das Nein zu Schulleitungen darf nicht als sakrosanktes Nein gegenüber jeglicher Verbesserungen an den Schulen verstanden werden. Wir verschliessen uns guten Lösungen nicht. Schulleitungen sind aber der falsche Weg. Das Schulvorsteherprinzip muss gestärkt werden.

Unsere Gegner sagen (oder sagten früher): Schulleitungen sind die Voraussetzung für IFS. Ohne Schulleiter kann es kein IFS geben.

Wir antworten: Die Integrative Schulform (ISF) ist eine der vielen Fehlentwicklungen an unseren Schulen. Die Integrative Schulform basiert auf der sozialromantischen Vorstellung, alle Kinder seien gleich, und bedeutet die Auflösung der Sonderklassen. Statt Kinder anforderungsgerecht zu fördern, entsteht in der Praxis eine Nivellierung nach unten.

Wir plädieren für die Beibehaltung der Sonderklassen. Besser als die Integration um jeden Preis ist die erfolgreiche Individualbetreuung (weniger Betreuungspersonen pro Kind, zu viele Bezugspersonen pro Kind wirken negativ, sehr negative Erfahrung in Zürich, in Regelklassen kann keine adäquate Betreuung stattfinden).

Wir benötigen weder ISF noch Schulleitungen.

Anmerkung: ISF ist seit der Harnos-Abstimmung kein grosses Thema mehr. Damals hat die Regierung trotz anderslautender Bestimmungen im Harnos-Konkordat behauptet, IFS nicht einzuführen, als Opposition in Sicht war.